

## Inhaltsprotokoll

## Öffentliche Sitzung

### Ausschuss für Verfassungsschutz

12. Sitzung  
14. November 2012

Beginn: 11.40 Uhr  
Schluss: 14.08 Uhr  
Vorsitz: Benedikt Lux (GRÜNE)

#### Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

#### Punkt 1 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs  
**Umfang, Bearbeitungsdauer und Bearbeitungspraxis  
von Auskunftersuchen beim Verfassungsschutz  
Berlin – Klärung öffentlicher Vorwürfe von  
Misständen**  
(auf Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die  
Grünen, Die Linke und der Piratenfraktion)

[0023](#)  
VerfSch

Vertagt.

#### Punkt 2 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
Drucksache 17/0629  
**Vernichtung von Akten mit NSU-Bezug  
unverzüglich aufarbeiten!**

[0024](#)  
VerfSch

in Verbindung mit

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs  
**Verfassungsschutz vernichtet Akten mit möglichem  
NSU-Bezug**  
(auf Antrag der Fraktionen der SPD, der CDU, Bündnis  
90/Die Grünen, Die Linke und der Piratenfraktion)

[0022](#)  
VerfSch

Siehe Wortprotokoll.

### Punkt 3 der Tagesordnung

#### **Besondere Vorkommnisse**

**Vorsitzender Benedikt Lux** teilt mit, dass die Fraktion Die Linke das Thema geplante Neonazidemonstration am 24. November 2012 in Rudow angemeldet habe.

**Claudia Schmid** (SenInnSport) erklärt, in öffentlicher Sitzung könne nur ein Teil der Informationen gegeben werden. Der NPD-Landesverband habe eine Demonstration für den 24. November 2012 angemeldet, die den Höhepunkt einer NPD-Kampagne gegen neue Unterkünfte für Asylsuchende in Berlin darstellen solle. Die Demonstration unter dem Motto „Nein zum Asylantenheim in Rudow – Rudow muss deutsch bleiben“ solle vom U-Bahnhof Rudow zur Rudower Spinne führen. Der Anmelder erwarte ca. 100 Teilnehmer. Die Demonstration werde seit Montag, dem 12. November auf dem Facebook-Profil des NPD-Landesverbands Berlin beworben. Angemeldet habe sie der NPD-Landesvorsitzende Schmidtke. Versammlungsleiter sei der Neuköllner Kreisvorsitzende Sebastian Thom. Offensichtlich sei beabsichtigt, im demokratischen Spektrum der Bevölkerung zu wirken, das Thema für sich zu besetzen und die Bevölkerung zu beeinflussen.

Besondere Brisanz erhalte die Veranstaltung, weil parallel dazu die traditionelle Demonstration im Gedenken an den in den 1992 von Rechtsextremisten ermordeten Silvio Meier stattfindende, eine Großveranstaltung des linksextremistischen Spektrums in Berlin. Der Verfassungsschutz bewerte es als Provokation, dass die NPD an diesem Tag eine eigene Demonstration plane. Die NPD hoffe wohl mehr Öffentlichkeitswirksamkeit und darauf, den Widerstand gegen die NPD-Demonstration durch die gleichzeitig stattfindende Silvio-Meier-Gedenkdemonstration zu begrenzen. Voraussichtlich würden überwiegend Angehörige der Freien Kräfte – gewaltorientierte Personen – daran teilnehmen. Deshalb bestehe die Gefahr, dass es zu Auseinandersetzungen mit dem politischen Gegner oder mit der Polizei kommen könne.

**Hakan Taş** (LINKE) erkundigt sich, ob Näheres über die Route der NPD-Demonstration zu erfahren sei.

**Claudia Schmid** (SenInnSport) bemerkt, dies liege in der Zuständigkeit der Polizei. Sie habe sich darauf beschränkt, die analytische Kompetenz des Berliner Verfassungsschutzes unter Beweis zu stellen.

Seit Anfang Oktober 2012 bemühe sich die NPD die öffentliche Diskussion um neue Standorte für Asylbewerberheime in Berlin für sich zu nutzen, zu instrumentalisieren und die Ressen-

timents der Bevölkerung aufzugreifen. Dies zeige die Vielzahl von Aktivitäten der Partei. Auch auf der Homepage der NPD fänden sich entsprechende Beiträge über die Unterkunft für Asylbewerber im Stadtteil Rudow in Neukölln und eine im Bezirk Lichtenberg. Mit diesem Thema verspreche sich die NPD offensichtlich eine Mobilisierung ihrer Anhängerschaft, was ihr mit dem Thema Anti-Euro und EU-Kampagne nicht gelungen sei. Mit dieser neuen Kampagne versuche die NPD, ihrem Stillstand der letzten Monate zu überwinden und öffentliche Präsenz zurückzugewinnen. Insofern sei mit weiteren Aktivitäten der Partei hierzu zu rechnen: vom Besuch zivilgesellschaftlicher Veranstaltungen über die Abhaltung weiterer Kleinstkundgebungen bis zu Verteil- und Klebeaktionen im öffentlichen Raum. Konkrete Planungen lägen außer der aufgeführten Demonstration nicht vor.

Neben der NPD habe auch der Landesverband der Partei Pro Deutschland das Thema aufgegriffen. Die Hälfte der seit Oktober veröffentlichten sechs Artikel befasse sich mit dem Thema Asyl. Am 13. Oktober 2012 habe die Partei versucht, am Rand der Demonstrationen für die Rechte von Asylbewerbern mit einer eigenen Kundgebung unter dem Motto „Asylrecht ja – Asylbetrug nein“ zu provozieren. Für den 13. November habe die Partei eine weitere Demonstration unter demselben Motto angemeldet.

**Vorsitzender Benedikt Lux** erklärt den ständigen Tagesordnungspunkt für beendet.

#### Punkt 4 der Tagesordnung

##### **Verschiedenes**

Siehe Beschlussprotokoll.

\* \* \* \* \*